

Kreistagsrede vom 19.09.2022 zum AfD-Antrag:

Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle bei Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden

„Fatigue, Kopfschmerzen oder Schwindel: Die Symptome sind vielfältig und ähneln denen von Long Covid, nur sind diese nach der Impfung gegen das Coronavirus ausgelöst. Die Betroffenen des Post-Vac-Syndroms kämpfen um Anerkennung und fühlen sich von Politik, Ärzten oder auch Angehörigen allein gelassen – und kommen so auch finanziell an ihre Grenzen.“ Das schreibt der MDR Anfang September in der Recherche „Corona Post-Vac-Syndrom“.

Der EU-Abgeordnete Karsten Lucke (SPD) äußerte Anfang August zu diesem Thema: "Dass diese Menschen um Anerkennung, dass sie krank sind [...] vielleicht auch aufgrund von Impfungen im Sinne von Impfschäden im Nachhinein, [kämpfen müssen], da werde ich fast sprachlos. Weil die Menschen gehen von Arzt zu Arzt und durchlaufen eine Tortur.“ Sein Schreiben dazu ist übertitelt: „Wir müssen etwas tun!“

Eine von autoimmunen Entzündungen im ganzen Körper betroffene 29-Jährige wird vom MDR zitiert: Verschlimmernd kommt hinzu "die Erkenntnis, dass mich niemand ernst nimmt. Dass mir niemand glaubt, weder Ärzte, noch mein Umfeld, noch sonst irgendjemand." Sie sei mit der festen Annahme zum Impfen gegangen, dass wenn ihr dabei etwas passiere, werde ihr ja geholfen. "Ne, du bist völlig alleine, wenn du Impfnebenwirkungen bekommst."

Und liebe Kollegen, mir allein sind fünf traurige Fälle aus meinem direkten persönlichen Umfeld bekannt, bei denen im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung erhebliche, hierfür typische gesundheitliche Leiden auftraten, die teils zur Berufsunfähigkeit, teils zu vorzeitigen Alterserscheinungen und unerwartetem Siechtum führten. Diese Menschen wissen häufig selber gar nicht, wie ihnen nun geschieht. Und wenn sie es doch ahnen und artikulieren, sehen sie sich noch zudem großen Widerständen gegenüber.

Eine Abarbeitung von Anträgen auf Anerkennung der Schäden läuft in Niedersachsen zudem schleppend und die Anerkennungsrate wirkt dabei höchst fragwürdig. Aber davon wollte die Vorsitzende unseres Gesundheitsausschusses schon nichts mehr zu hören bekommen, genauso wenig wie von weiteren Hinweisen zum Handlungsbedarf oder Handlungsrahmen. Man wollte in der Sitzung vielmehr möglichst nur die bereits vorgefassten Positionierungen der Fraktionen vortragen, um die sogenannte Beratung rasch zu beenden. Da wird insofern praktisch gemauert. Also gelangte der Fachausschuss ohne einen weiteren inhaltlichen Austausch sehr bald zur Abstimmung mit entsprechend leicht absehbarem und vor allem negativem Ergebnis.

Meine Damen und Herren, eine Anlaufstelle im Landkreis wäre alles andere als „überflüssig“! Sie würde den Betroffenen Hürden überwinden helfen und sie wäre bürgernah! Und sie wäre mit Leichtigkeit und mit ausgesprochen wenig Aufwand zu verwirklichen.

Doch das wird anscheinend nicht angestrebt. Es wurden auch keinerlei Alternativvorschläge eingebracht. Nichts! Warum nicht? Warum ist dies so? Wird hier also parteistategischen Erwägungen der Vorrang eingeräumt? Zu Ungunsten leidender Bürger unseres Landkreises?

Wer solch ein ungutes Spiel nicht mitmachen möchte. Sondern wer das Wohl der Menschen in unserem Landkreis über das parteitaktische Kalkül stellt, der möge hier im Kreistag dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Liebe Kollegen, wir müssen etwas tun. Und wenn es auch nur das uns leicht Zumutbare und Geringste ist. So wäre es doch für den einen oder anderen Betroffenen eine wichtige erste Hilfestellung und ein Hoffnungsschimmer.